

BERND LANGE (MDEP): „EUROPA IST WIE EIN SCHIFF IM STURM“

Er ist eine starke Stimme für die europäischen Handelsbeziehungen: Im Interview mit cep-Vorstand Henning Vöpel spricht der Vorsitzende des Handelsausschusses im Europäischen Parlament über die geopolitische Lage Europas, die industriepolitischen Abhängigkeiten und Fortschritte in der Wettbewerbsfähigkeit.

Vöpel: Europa ist in einer besonderen Situation: Das transatlantische Bündnis ist brüchig geworden, der russische Angriffskrieg dauert auch im vierten Jahr an, und die Konkurrenz aus China übt Druck auf Europa aus, sowohl mit unfairen Subventionen als auch mit seltenen Erden und ökonomischen Abhängigkeiten. Wie würden Sie die Situation für Europa insgesamt beschreiben?

Lange: In der Tat hat sich die globale Ordnung im Handelsbereich völlig geändert. Wir sind nicht mehr in der Zeit der Welthandelsorganisation von 1994, sondern in einer sehr zerstückelten Situation. Europa ist wie ein Schiff im Sturm, das von unterschiedlichen Seiten Gegenwind bekommt und wir müssen sehen, wie wir damit umgehen. Unsere Antwort auf die neue Situation muss unter anderem sein, den USA gegenüber klare Kante zu zeigen und Verhandlungen für ein einigermaßen stabiles Miteinander zu führen, da wir beide ökonomische Interessen haben. Mit China müssen wir Maßnahmen ergreifen, um den unfairen Wettbewerb einzudämmen und so unsere eigenen Möglichkeiten zu entwickeln. Drittens müssen wir unsere eigene Industrie stärken, Innovationen fördern und als Technologieführer voranschreiten. Und viertens, gerade weil wir berechenbar und stabil sind, sollten wir stärker mit den Ländern des globalen Südens stabile Strukturen aufbauen.

Vöpel: Kann dies Ihrer Einschätzung nach gelingen, ohne selbst protektionistische Maßnahmen zu ergreifen? Der Economist hat in der letzten Ausgabe die Frage aufgeworfen, ob man sich gegen die USA und China mit Zöllen wehren kann, ohne selbst auf solche Maßnahmen zurückzugreifen.

Lange: Die Europäische Union ist in der Tat wie kein anderer Block auf In- und Exporte angewiesen. Viele Industrien wären ohne Märkte außerhalb der EU oder Zulieferteile aus anderen Ländern nicht überlebensfähig. Daher würde Protektionismus immer das Risiko bergen, Marktteilnehmer auszutreiben und andere Länder zu ermutigen, ebenfalls protektionistische Maßnahmen zu ergreifen. Ein klassisches Beispiel: Wir verlangen von unseren Handelspartnern, Zugang zu öffentlicher Beschaffung zu gewähren. Wenn wir jetzt das Gegenteil tun würden, würde uns etwa Indonesien Wortbruch vorwerfen. Ich bin auch nicht sicher, dass Protektionismus langfristig zu mehr Leistungsfähigkeit oder Innovationspotenzial führt. Untersuchungen zeigen, dass Protektionismus lähmend

wirken kann. Daher bin ich überzeugt, dass wir mit anderen Maßnahmen wie Handelsverträgen stabile Beziehungen aufbauen können, die weiterhin einen offenen und fairen Markt fördern.

Vöpel: Und dennoch muss man feststellen, dass wir in vielen Bereichen abhängig geworden sind. Sie haben selbst mitverhandelt, und diese Woche ging die „Economic Security Doctrine“ durch. Können Sie kurz darlegen, was die wichtigsten Maßnahmen sind, um die wirtschaftliche Sicherheit Europas zu stärken? Denn die Abhängigkeiten, auch in sicherheitspolitischer und industrie-politischer Hinsicht, sind mittlerweile sehr teuer.

Lange: Zunächst muss man verstehen, warum es so ist. Es ist nicht nur China, das „unfair“ ist, sondern wir haben auch lange davon profitiert, dass China geringe Löhne und Umweltauflagen hatte, gerade bei der Raffinierung von Seltenen Erden und Lithium. Europäische Unternehmen haben auch das eherne Gesetz eines Kaufmanns aufgegeben, dass man mindestens zwei Zulieferer für ein Produkt hat. Diese Situation ist daher auch zum Teil selbstverschuldet. Jetzt müssen wir herausfinden, wo wir besonders abhängig sind und wo wir Angriffsfläche bieten – sowohl in der industriellen Entwicklung als auch im digitalen Bereich. Hier müssen wir stärker eigene Produkte und Software entwickeln.

Vöpel: Eine Digitalsteuer?

Lange: Vielleicht sollte man eine Digitalsteuer einführen, um mehr Ressourcen für diese Maßnahmen zu generieren. Wir müssen auch sehen, welche Sektoren besonders sensibel für Investitionen sind, wie etwa die Energieinfrastruktur. Zudem müssen wir über defensivere Maßnahmen nachdenken, besonders bei Seltenen Erden und Rohstoffen. Wir müssen uns fragen, warum der Abbau in Europa fünf Jahre dauert – lässt sich das nicht beschleunigen? Und wenn wir die Batterie als zentrales Element für Autos und Energiespeicher betrachten, müssen wir die entsprechenden Rohstoffe in Europa selbst generieren und viel mehr recyceln.

Vöpel: Muss Europa die eigene Handelspolitik überdenken? Wie können wir den Einfluss in den Ländern des globalen Südens ausbauen? Muss Europa pragmatischer in seinen Verhandlungen werden und stärker auf Augenhöhe Entwicklungschancen bieten?

Lange: Sicherlich ist Europa manchmal mit dem „Zeigefinger“ durch die Weltgeschichte gelaufen, aber insgesamt wird Europa als verlässlicher und fairer Partner wahrgenommen. Wir haben viele Beispiele, bei denen wir über Handelsabkommen Instrumente eingeführt haben, die Wertschöpfung und Beschäftigung in Partnerländern fördern. Ein Beispiel ist Chile, wo wir ein Double Pricing System für Lithium eingeführt haben, um die Verarbeitung von Lithium zu begünstigen und Investitionen in nachhaltige Lithiumgewinnung- und Raffinierung zu unterstützen. Hier haben wir einen zusätzlichen Zulieferer, aber es wird auch Wertschöpfung in Chile generiert. Das könnte bis hin zu einer Batteriefabrik oder einer Wasserstoffproduktion führen. Wir unterstützen 32 Projekte zur

Erzeugung von grünem Wasserstoff mit insgesamt etwa 216 Millionen Euro – die Hälfte dieser Mittel fließt in die Umstellung der Energieversorgung in Chile, unter anderem für ein Stahlwerk, das mit Direktreduktion durch Wasserstoff betrieben wird. Die andere Hälfte des Budgets dient der Produktion von grünem Wasserstoff, der nach Europa, konkret nach Hamburg, transportiert wird. Solche Partnerschaften werden inzwischen auch von vielen Ländern des globalen Südens geschätzt.

Vöpel: Handelspolitik lässt sich kaum noch von Sicherheitspolitik und Industriepolitik trennen. Wie sehen Sie die Zukunft? Glauben Sie an eine Rückkehr zu einer regelbasierten, multilateralen Ordnung? Und welche Maßnahmen müssen Europa in der Sicherheitspolitik und Industriepolitik ergreifen?

Lange: Es stimmt, dass Herr Trump stark Handelspolitik mit Sicherheits- und Digitalpolitik verknüpft hat, und das zeigt auch die Schwächen Europas. Sicherheitspolitisch sind wir nicht in der Lage, die Verteidigung allein zu organisieren, und digital haben wir ein Problem, weil alle Cloudspeicher und Daten in den USA sind, was uns erpressbar macht. Die USA üben erheblichen Druck auf unsere digitalen Gesetzgebungen aus. Meiner Ansicht nach setzen diese jedoch nur das um, was eigentlich ein grundlegendes Prinzip sein sollte: Alles, was offline Recht ist, muss auch online gelten. Deshalb ist es wichtig, diese beiden Schwächen so schnell wie möglich auszugleichen. Wir haben gesagt, dass wir mindestens drei Jahre dafür benötigen, aber danach sollten wir auf Augenhöhe sein und in der Lage, in beiden Bereichen – Sicherheitspolitik und digitale Gesetzgebung – ohne Druck zu verhandeln.

Vöpel: Eine letzte Frage: Es gibt den Draghi-Report und den Letta-Report, beide haben Defizite in der Wettbewerbsfähigkeit festgestellt. Wie zuversichtlich sind Sie, dass wir die Wettbewerbsfähigkeitslücke schnell schließen können, um die Souveränität, die in dieser Zeit erforderlich ist, wiederherzustellen? Ich glaube, dass ein souveränes Europa ohne ein wettbewerbsfähiges Europa nicht denkbar ist. Das ist ein zentraler Punkt. Beide zeigen sich jedoch enttäuscht über den Fortschritt bei der Umsetzung ihrer Maßnahmen. Wie optimistisch sind Sie, dass wir diese Lücke schließen können?

Lange: Das ist verständlich, dass man sich frustriert fühlt, wenn Dinge nicht sofort umgesetzt werden. Aber wenn man sich die Entwicklungen des letzten Jahres ansieht, sieht man, dass die Themen Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit jetzt stark im Vordergrund stehen. Wir haben viele Gesetze zur Vereinfachung bürokratischer Prozesse und zur Beschleunigung industrieller Entwicklungen auf den Weg gebracht, gerade auch im Bereich der Ressourcengewinnung. Ich bin überzeugt, dass die Botschaft angekommen ist, auch wenn der Fortschritt manchmal langsamer geht, als man es sich wünschen würde.

Bernd Lange (MdEP), Jahrgang 1955, ist seit 2014 Vorsitzender des Handelsausschusses des Europäischen Parlaments und seit 2022 Vorsitzender der Konferenz der Ausschussvorsitzenden des Europäischen Parlaments. Darüber



hinaus ist er Mitglied der Koordinierungsgruppe EU-Vereinigtes Königreich, Berichterstatter für die Handels- und Investitionsbeziehungen EU-USA und Vorsitzender der informellen Arbeitsgruppe "Fairer Handel" des Europäischen Parlaments. Er war bereits Mitglied des Parlaments von 1994 bis 2004 und wieder seit 2009. Seit 1974 ist Lange Mitglied der SPD und leitete von 2005 bis 2009 im DGB-Bezirk Niedersachsen-Bremen-Sachsen/Anhalt die Abteilung „Wirtschaft, Umwelt und Europa“. Bernd Lange ist Träger des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse.